

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 88 / 01. 09. 2005

AKTIV

Von Greenpeace:

Unterschriftenaktion gegen Kinderparfüm: Giftige Kinderparfums müssen vom Markt genommen werden

Greenpeace hat erneut Parfümprodukte in einem unabhängigen Labor testen lassen. In den speziell für Kinder und Jugendliche hergestellten Produkten wurden giftige und potenziell gesundheitsgefährdende Stoffe nachgewiesen.

Die Gesundheit unserer Kinder steht auf dem Spiel!

Bitte fordern Sie die Ministerin auf, die Parfums mit den giftigen Substanzen vom Markt nehmen, endlich ein sorgfältiges Testprogramm durchführen zu lassen und sich dafür einzusetzen, dass solche Fälle mit Hilfe einer strengen Chemikalienpolitik zukünftig ausgeschlossen sind.

<http://marktcheck.greenpeace.at/>

Von elektrosmognews:

Internationale Petition an die WHO. Die Petition hat zum Ziel, die Entfernung von Michael Repacholi aus seiner leitenden Position bei der WHO.

Bitte beteiligen Sie sich massiv an dieser Aktion, da sonst von Seiten der WHO keine Reaktion erfolgt. Bitten Sie auch Ihre Bekannten und weitere Mitstreiter an dieser Aktion teilzunehmen. Bis jetzt sind erst ca. 400 Unterschriften eingetroffen und das ist, gelinde gesagt, ein Witz. So kann man keine erfolgreiche Petition durchsetzen. Für nur deutschsprachige Interessenten gibt auf der Webseite www.elektrosmognews.de einen Banner, den Sie anklicken können und dort erscheint die Kopfmaske (Adressenfeld) in deutscher Sprache, so dass Sie dort sehen können, was Sie ausfüllen müssen. Bitte nicht in dieses Adressenfeld eintragen, sondern Originallink siehe hier:

<http://www.thepetitionsite.com/takeaction/409444403>

=====

BUCH

Angela von Beesten u.a.:

"Den Schatz bewahren - ein Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft".

Herausgegeben von Sambucus e.V.. Im Selbstverlag, Mai 2005. Zu beziehen über: Samucus e.V., gemeinnütziger Verein für Umweltschutz, Gesundheits- und Kulturförderung, Auf der Worth 34, 27389 Vahlde, Tel. und Fax: 04267-8243

Das Buch kostet sieben Euro plus Porto, ab 20 Stück 6,00 EUR, ab 50 Stück 5,00 EUR

Auf etwa 200 Seiten gibt diese Schrift in mehreren Beiträgen verschiedener Autoren in allgemein verständlichen Worten einen

Einblick in die Vielfältigkeit der Gentechnikanwendung und skizziert die damit verbundenen Hoffnungen, Interessen und

Probleme. Sie will die Diskussion über Risiken und Grenzen, Wünschbarkeit und Verantwortbarkeit dieser neuen Technologie

anregen. Und sie will die LeserInnen dazu ermutigen, das eigene Unbehagen ernst zu nehmen und dereigenen Urteilsfähigkeit zu

vertrauen. Sie ist sowohl für Menschen gedacht, die sich informieren wollen, als auch für diejenigen, die Anregungen suchen, aktiv

zur Erhaltung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Förderung der Ernährungskultur beizutragen, weil sie den Reichtum und

die Vielfalt der uns nährenden Natur begrüßen und sie erhalten wollen.

Aus dem Inhalt:

Heribert Wefers, Angela von Beesten: Was ist Gentechnik?

Angela von Beesten: Den Schatz bewahren. Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft

Terminator-Technik -

Fabian von Beesten: Motor des Fortschritts oder Ende des Bauernprivilegs?
Utto Baumgartner: Gentechnik und Bienen
Heike Moldenhauer: Gentechnikgesetz schützt gentechnikfrei wirtschaftende Bauern
Fabian von Beesten: David gegen Goliath
Ursel Fuchs: Vollwertiges braucht keine Ergänzung
Wir werden aktiv
Vorschläge für Aktivitäten
Mehr unter www.sambucus.org

=====

CHEMIKALIEN -PESTIZIDE

Von PAN-Germany und Greenpeace:

Hamburg, 25.08.2005: **Neue Daten belegen: Deutsche Pestizidexporte teilweise hochgiftig**
Aus Deutschland werden große Mengen hochtoxischer Pestizide exportiert. Dies geht aus den heute vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit veröffentlichten Daten über Pestizidexporte hervor. PAN Germany und Brot für die Welt fordern mehr Transparenz, damit Maßnahmen gegen die oft verheerenden Auswirkungen von Pestizideinsätzen in Entwicklungsländern gezielter ergriffen werden können.

Aus der neuen BVL-Statistik geht hervor, dass 2004 mehr als 1000 Tonnen des Pestizids Linuron exportiert wurden. Dieses Unkrautvernichtungsmittel ist krebserregend, stark wassergefährdend und greift in das Hormonsystem von Mensch und Tier ein. In Deutschland ist dieser gefährliche Wirkstoff nicht zugelassen. Gleichzeitig boomt das Exportgeschäft. Problematisch ist auch der Export der bei uns nicht zugelassenen Insektengifte Endosulfan, Azinphos-methyl und Fenamiphos.

Als Nervengifte stellen sie gerade unter Armutbedingungen eine große Gefahr für LandarbeiterInnen und ihre Familien dar. Das Nervengift Endosulfan, häufig gegen Insekten im Baumwollanbau eingesetzt, führte

2001 bis Mitte 2003 im kleinen westafrikanischen Land Benin zu 348 Vergiftungen und 50 Todesfällen. Die deutschen Exporte dieses Problem-Pestizids steigen und überschritten 2004 die Mengengrenze von über 1000 Tonnen.

"Aufgrund der Gefährlichkeit vieler Stoffe ist es wichtig, dass die Zielländer der Pestizidexporte gemeldet und öffentlich gemacht werden"

so Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany. Dies müsse im Zuge der aktuellen Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes gesetzlich verankert werden.

Die derzeit veröffentlichten Exportdaten reichen laut PAN Germany und Brot für die Welt nicht aus. Die Angaben zum Empfängerland seien sehr wichtig, damit Projekte zur Verringerung der drastischen Probleme bei der Anwendung gefährlicher Pestizide gezielter durchgeführt werden können.

Die deutsche Pestizidindustrie zählt weltweit zu den Spitzenexporteuren und trägt somit zu den oft weit reichenden Umwelt- und Gesundheitsschäden bei, die insbesondere bei der Anwendung von Pestiziden unter Armutbedingungen in Entwicklungsländern auftreten.

Weitere Informationen: Carina Weber, Tel.: 040 – 399 19 10-23, carina.weber@pan-germany.org

Hintergrundinformationen: Broschüre "Für einen gläsernen Pestizidexport" <http://www.pan-germany.org/download/pestizidexport.pdf>;

Fact Sheet "Problemstoff Endosulfan" http://www.pan-germany.org/download/fs_endosulfan.pdf

*

26.07.05 Bundesamt bestätigt Greenpeace-Verdacht: Illegale Agrargifte auf deutschen Beeren verspritzt

Hamburg, 26. 7. 2005 (ots) - Beim konventionellen Anbau von Johannis- und Stachelbeeren in Deutschland werden tatsächlich illegale Spritzmittel eingesetzt. Diesen gestern vom Greenpeace-EinkaufsNetz veröffentlichten Befund hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Bonn am Montag Abend bestätigt. Sechs der insgesamt 20 nachgewiesenen Pestizide sind nicht zugelassen. Die illegalen Spritzmittel hat Greenpeace bei sechs von insgesamt 28 getesteten Früchten gefunden. Greenpeace wird bei den zuständigen Staatsanwaltschaften Anzeige erstatten wegen des Einsatzes nicht zugelassener Pestizide.

"Damit ist behördlich bestätigt, dass im deutschen Obstanbau illegale Pestizide gespritzt werden", sagt Greenpeace-Chemieexperte Manfred Krautter. "Wir haben es hier mit einem handfesten Lebensmittelskandal zu tun. Produzenten von Johannis- und Stachelbeeren in Süddeutschland gefährden mit hoch gefährlichen Pestiziden die Gesundheit der Verbraucher und die Umwelt. Die Giftpanscherei muss unverzüglich aufhören."

Bei den illegalen Pestiziden handelt es sich laut BVL um Parathion, Boscalid, Flusilazol, Iprovalicarb, Methoxyfenozid und Tebufenozid. Für die Ahndung der Verstöße sind jedoch die Bundesländer zuständig. Vier der sechs Proben, die mit illegalen Pflanzengiften belastet sind, stammen aus Baden-Württemberg. Bei zwei Proben ist als Herkunftsland lediglich "Deutschland" genannt.

Greenpeace fordert das baden-württembergische Ministerium auf, entsprechende Ermittlungsverfahren einzuleiten. Zudem soll es Früchte, die mit unzulässigen Spritzmitteln behandelt wurden, umgehend aus dem Verkehr zu ziehen.

Ein weiterer der vom Greenpeace-EinkaufsNetz nachgewiesenen Wirkstoffe, Trifloxystrobin, darf zwar laut BVL seit 2004 nicht mehr erworben, aber noch bis 2006 eingesetzt werden. Dieser fand sich in insgesamt 13 der 28 getesteten Proben.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Manfred Krautter, Tel.

040 - 30618-358, oder Pressesprecherin Carmen Ulmen, Tel. 040 -30618-344. Die Testergebnisse und das Antwortschreiben des BVL finden Sie unter: www.einkaufsnetz.org. Internet:

www.greenpeace.de

*

Hamburg, 19.7.2005

Deutsche Erdbeeren zu 100% mit Pestiziden belastet Erdbeeren zählen zu den am höchsten mit Pestiziden belasteten Obstsorten.

In allen vom CVUAS untersuchten Proben wurden Pestizide nachgewiesen. Fast immer wurde mehr als ein Pestizid analysiert. Dies ist eine extreme Situation und mit einem vorsorgenden Verbraucherschutz völlig unvereinbar, urteilt das Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

Das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Stuttgart (CVUAS) hat in diesem Jahr Erdbeeren besonders gründlich unter die Lupe genommen. Nach einem Bericht vom 14. Juli 2005 sind alle aus deutscher Produktion stammenden Erdbeerproben mit Pestiziden belastet. Bis auf eine Ausnahme trifft dies auch auf ausländische Erdbeeren zu. Fünf spanische und eine italienische Probe fielen durch Überschreitungen der zulässigen Rückstandshöchstmengen auf.

96 % aller deutschen Proben sind mit mehr als einem Pestizid belastet, bei ausländischen Proben sind es 93 %. Im Mittel wurden 4,4 Pestizide in deutschen Proben nachgewiesen, das Maximum lag bei 12 Substanzen in einer einzelnen Probe. Insgesamt wurden 55 verschiedene Pestizide gefunden. Am häufigsten traten Fungizide (gegen Pilzkrankungen), daneben aber auch Herbizide (Unkrautvernichtungsmittel) und Insektizide auf.

"Dies ist eine extreme Situation", so Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany, "deshalb muss endlich das Vorsorgeprinzip gelten und somit der Pestizideinsatz umgehend reduziert sowie die regelmäßig vorkommende Mehrfachbelastung einzelner Lebensmittel mit Pestiziden bei der Festsetzung von Grenzwerten berücksichtigt werden."

Die Aussage des CVUAS, dass auch unter Berücksichtigung der Mehrfachrückstände keine der untersuchten Proben toxikologisch bedenklich ist, stößt bei PAN Germany auf Verwunderung. Susanne Smolka, Pestizidexpertin von PAN Germany: "Diese Äußerung ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Schließlich existiert derzeit keine Methodik, um Mehrfachbelastungen toxikologisch beurteilen zu können. Hier klafft eine große Lücke im Verbraucherschutz."

Weitere Informationen: Carina Weber, PAN Germany, Tel. 040-399 19 10-23, carina.weber@pan-germany.org www.pan-germany.org

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Auszug aus electrosmog-news

<http://www.aekwien.at>

Home > Ärztekammer > Öffentlichkeitsarbeit > Presseaussendungen 05.08.2005

Wiener Ärztekammer warnt vor übermäßigem Handytelefonieren von Kindern

Daten für ein Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlen verdichten sich - Neuer Leitlinienkatalog rät zum behutsamen Umgang mit Handys

Wien (OTS) - Die Wiener Ärztekammer warnt ausdrücklich vor übermäßigem Handytelefonieren vor allem bei Kindern. Grundlage dafür ist die kürzlich präsentierte "Reflex-Studie", in der eindeutig ein gentoxischer Effekt von Mobilfunkstrahlen nachgewiesen wurde. Als erste Konsequenz daraus hat nun die Ärztekammer einen Leitlinienkatalog erstellt, der konkrete Verhaltensregeln im Umgang mit Handys festlegt.

Die von der EU mit mehr als zwei Millionen Euro geförderte "Reflex-Studie" wurde an mehreren bedeutenden Forschungszentren in Europa - unter anderem auch am Wiener AKH - durchgeführt. Dabei wurde die so genannte Mutagenität einer Substanz, in diesem Fall von elektromagnetischen Feldern, überprüft. Man untersuchte Veränderungen in der Erbsubstanz, die der mögliche Beginn einer Tumorerkrankung sind. Ein Teil der Tests wurde an menschlichen Promyelozyten - einer Vorstufe von Zellen der Blutbildung - durchgeführt. Eine Mutation solcher Zellen kann in weiterer Folge zu Leukämie und ähnlichen Erkrankungen des blutbildenden Systems führen.

Die Ergebnisse aus dieser Studie in einem zusammenfassenden Satz: Es gibt tatsächlich einen gentoxischen Effekt auf menschliche Zellkulturen von Mobilfunkstrahlen in der Stärke, wie sie von jedem GSM-Handy erzeugt werden.

Erste Studien bestätigt

Schon früher zeigten Tierversuche dosisabhängige gentoxische Wirkungen unter hochfrequenter Strahlung. Weiters wurden in Gehirnen von Ratten nach zweistündiger Handybestrahlung vermehrt funktionslose Nervenzellen gefunden. Zwei epidemiologische Untersuchungen zeigten übereinstimmend ein drei- bis vierfach erhöhtes Risiko für Hörnervtumoren nach zehnjähriger Handynutzung.

Mit der nun vorliegenden "Reflexstudie" wurde für alle diese Ergebnisse ein zellbiologischer Zusammenhang nachgewiesen. Erik Huber, Referent für Umweltmedizin der Ärztekammer für Wien: "Würden Medikamente dieselben Prüfergebnisse wie Handystrahlen liefern, müsste man sie sofort vom Markt nehmen."

Die Wiener Ärztekammer sieht sich daher veranlasst, die Bevölkerung zu mehr Sorgfalt im Umgang mit Mobilfunkgeräten insbesondere bei Kindern aufzurufen. Huber: "Wir müssen davon ausgehen, dass Kinder gegenüber hochfrequenter Strahlung empfindlicher sind als Erwachsene, da der Schädelknochen dünner ist und die kindlichen Zellen eine erhöhte Teilungsrate, in der sie auf gentoxische Effekte empfindlicher sind, aufweisen."

Daher habe man sich entschlossen, dem Beispiel des britischen Gesundheitsministeriums und des dänischen Gesundheitsrates zu folgen und auch in Österreich vor übermäßigem Handytelefonieren insbesondere von Kindern zu warnen.

Die folgenden Leitlinien für mobiles Telefonieren sollen laut Huber "ausdrücklich nicht nur für Kinder" gelten:

- Kinder unter 16 Jahren sollten Handys nicht benutzen.
 - Nur in dringenden Fällen und dann nur kurz telefonieren. - Handy in der Hosentasche und auch SMS-Versenden unter der Schulbank kann die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und sollte daher gänzlich unterlassen werden.
 - Beim Versenden von SMS das Handy vom Körper fernhalten. - Handy nachts ausschalten - wenn eingeschaltet, nicht in Kopfnähe aufbewahren.
 - Nicht in Fahrzeugen (Auto, Bus, Bahn) telefonieren, da hier das Handy mit höherer Leistung strahlt.
 - Auch Headsets sind nicht empfehlenswert, da das Kabel häufig wie eine Antenne das Signal weiterleitet.
 - Keine Spiele am Handy spielen.
 - Handy während des Gesprächsaufbaus nicht an den Kopf halten. - Ein paar Meter Abstand von anderen Personen halten, sie werden mitbestrahlt.
 - Weniger Handytelefonate bedeuten weniger Strahlung von Handymasten.
 - Internet nur über Kabelverbindungen - UMTS und WLAN führen zu hohen Strahlenbelastungen.
- <http://www.aekwien.at> Home > Ärztekammer > Öffentlichkeitsarbeit > Presseaussendungen

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

Siehe unter BUCH

Von Greenpeace 27.07.05

Greenpeace: Milch ohne Gentechnik - es geht doch!

Großmolkerei in Österreich stellt um - Auch Müller-Milch soll auf Gen-Futter verzichten
Wien/Hamburg 27. 7. 2005 - Als erste österreichische Molkerei hat die Niederösterreichische Molkerei (NÖM AG) ihre gesamten Frischmilch-Produkte auf "Gentechnikfrei" umgestellt. Greenpeace begrüßt diese heute vorgestellte Entscheidung der zweitgrößten Molkerei Österreichs. Diese verzichtet auf genmanipulierte Pflanzen im Futter ihrer Milchkühe, ohne den Preis für die Verbraucher anzuheben. Deutsche Großmolkereien wie die Unternehmensgruppe Theo Müller behaupten bislang, dass die Fütterung ohne genmanipulierte Pflanzen nicht möglich sei. Greenpeace fordert, dem Beispiel aus Österreich zu folgen und nur noch Milch von Kühen zu verarbeiten, die keine Gen-Pflanzen zu fressen bekommen.

"Frischmilch gentechnikfrei - ein großer Erfolg für die Verbraucher, für die Umwelt und für Greenpeace", freut sich Greenpeace- Landwirtschaftsexperte Alexander Hissting. Noch im September 2004 hatten Greenpeace-Aktivisten vor der NÖM-Zentrale in Baden bei Wien gegen Gentechnik im Kuhfutter protestiert. Mit rund jährlich 100 Millionen Liter Frischmilch stellt die NÖM jetzt in Kooperation mit knapp 1800 Landwirten etwa ein Drittel ihrer Milchprodukte ohne Gen- Pflanzen her. Die NÖM will die Umstellung ihrer weiter verarbeiteten Lebensmittel wie Joghurt und Butter prüfen. "Die NÖM beweist: Geht nicht, gibt's nicht", sagt Alexander Hissting mit Blick auf die deutsche Milchbranche. "Die deutschen Milch- Multies boykottieren gentechnikfreie Milch. Das ist ein harter Tritt gegen die Verbraucher, die mehrheitlich keine Lebensmittel wollen, bei denen Gentechnik im Spiel ist." Von den konventionellen Milchproduzenten garantieren bislang in Deutschland nur kleinere Anbieter wie die bayerische Andechser Molkerei oder die hessische Upländer Bauernmolkerei, dass die Kühe keine Gen-Pflanzen gefressen haben.

"Wir sehen uns als eine der innovativsten Molkereien in Europa. Mit der 'Gentechnikfrei-Milch' erhoffen wir uns auch gute Absatzchancen in Deutschland", sagt Gerhard Schützner, Generalbevollmächtigter der NÖM. Schützner arbeitete zuvor 17 Jahre als Geschäftsführer der Molkerei Müller. "Die NÖM arbeitet seit über einem Jahr am Verzicht auf Gentechnik im Tierfutter. Aber die Greenpeace-Aktion wirkte wie ein Turbo-Effekt auf unsere Umstellung." Laut einer Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts GfK vom Februar 2005 lehnen 68 Prozent der deutschen Verbraucher Milch von Kühen ab, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Fast 45 Prozent wären sogar bereit, mindestens zehn Cent je Liter Milch mehr zu bezahlen, wenn diese ohne Gen-Pflanzen im Futter produziert wurde. Die EU importiert jährlich ca. 20 Millionen Tonnen genmanipulierter Pflanzen. Etwa 80 Prozent aller weltweit angebauten Gen-Pflanzen werden zu Tierfutter verarbeitet. Hersteller von tierischen Produkten wie Milch, Fleisch und Eier unterstützen damit den umweltschädlichen und risikoreichen Anbau von Gen-Pflanzen.
Internet: www.einkaufsnetz.org oder www.greenpeace.de.

26. 07. 2005 **Gefahren von Resistenzen bei Genpflanzen heruntergespielt** Herbizidtolerantes Superkraut entdeckt <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050726038>

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

29.08.2005

Europas Kampf gegen Zigaretten. Deutschland erhöht Tabaksteuer - Englands Züge werden rauchfrei <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050829021>

Tabaksteuer: Erhöhung entlastet Gesundheitssystem

Heidelberg (ddp). Die Erhöhung der Tabaksteuer erspart dem Gesundheitssystem und der Volkswirtschaft langfristig Kosten in Höhe von jährlich 2,2 Milliarden Euro. Das geht aus einer Berechnung hervor, die das Deutsche Krebsforschungszentrum am Montag...

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=8&d=30&id=120215>

26.08.2005

Radioaktive Belastung: Wildbret gefährlich Salzgitter (ddp). Wildbret ist auch 19 Jahre nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl noch radioaktiv belastet. Das belegt eine vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Auftrag gegebene Studie, bei der die Belastung von Wildbret, Pflanzen und Böden... <http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=8&d=27&id=120208>

23.08.2005

Immer mehr Menschen leiden unter Diabetes und Alzheimer Die Patientenzahlen bei Diabetes und Alzheimer werden in den nächsten Jahren erheblich steigen. Das hat eine Umfrage unter 100 Experten aus Wissenschaft und Industrie ergeben. Die Befragung nahm das Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Berliner Charité im Auftrag des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) vor.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=368796,4128./medizin/alzheimer>

Anmerkung Scherrmann: Wann endlich wird darüber diskutiert, dass die Patientenzahlen bei Diabetes und Alzheimer auch durch die zunehmende Schadstoffbelastung steigen, dass umfassende Praevention durchaus den Trend stoppen koennten?

03.08.2005

US-Reis enthält viel Arsen - Werte liegen bis zu fünf Mal höher

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050803018>

01.08.2005

Risiken von Herzmedikamenten bei Frauen zu wenig erforscht. An Medikamententests nehmen vorwiegend Männer teil <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050802014>

EU-Kommission verbietet Reklame für Tabakwaren. Gestern ist ein EU-weites Werbeverbot für Tabakwaren in Kraft getreten. Danach soll Tabak-reklame in Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Internet verboten sein. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=368200,4123./medizin/rauchen>

Und/oder

Deutschland hinkt bei Tabak-Werbeverbot hinterher. BERLIN/BRÜSSEL. Deutschland hinkt bei der Umsetzung des EU-weiten Tabak-Werbeverbots hinterher. Wegen der Neuwahlen am 18. September könne die Bundesrepublik nicht fristgemäß zum 31. Juli.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=13987&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

26.07.2005

Beerenanbau: Illegale Spritzmittel verwendet. Hamburg (ots) – Beim konventionellen Anbau von Johannis- und Stachelbeeren in Deutschland werden tatsächlich illegale Spritzmittel eingesetzt. Diesen gestern vom Greenpeace-EinkaufsNetz veröffentlichten Befund hat das Bundesamt für Verbraucherschutz...

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=7&d=28&id=119889>

Einsatz von Pestiziden gefährdet Gesundheit der Schüler. Anzahl der Erkrankungen stark angestiegen <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=050727007>

Flammschutzmittel in Seen entdeckt. Konzentration an hormonaktiven Substanzen steigt rasant an

<http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=050727013>

Landwirtschaft als Ozon-Verursacher. Gedüngter Boden trägt mehr zur Luftverschmutzung bei als angenommen <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=050725037>

Unterschätzte Gefahren am Schweizer "Nationalfeuertag" In 10 Jahren Brandschäden von 36 Millionen Franken <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=050725025>

=====

INFOS von weiteren Organisationen

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren:

17. August 2005 **Internationale Kampagne KeepAntibioticsWorking erfolgreich: US-Behörden verbieten Tierantibiotikum Baytril**

Die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) hat das Tierantibiotikum Baytril mit sofortiger Wirkung für die Geflügelzucht verboten. Damit soll der zunehmenden Resistenz von Bakterien gegen die Substanzklasse der Fluorchinolone Einhalt geboten werden. Laut FDA-Sprecher Lester Crawford habe sich herausgestellt, „dass der Einsatz von Baytril für Geflügel nicht sicher ist“. Der Wirkstoff von Baytril ist identisch mit Antibiotika, die in der Humanmedizin eingesetzt werden. Verbraucherschützer und Ärzte warnen seit Jahren davor, dass der übermäßige Antibiotika-Einsatz im Tierstall zu Resistenzbildungen führt. Die Folge: immer mehr resistente Erreger werden auf den Menschen übertragen und können nicht mehr mit Fluorchinolonen behandelt werden.

Hersteller von Baytril ist der Leverkusener BAYER-Konzern. Schon vor fünf Jahren hatte die FDA gefordert, die fraglichen Tierarzneien vom Markt zu nehmen. BAYER war der Aufforderung als einziger Produzent nicht gefolgt. „Auf ein Einsehen der Firma BAYER war nicht zu hoffen - es wurde daher Zeit, dass die US-Behörden die Notbremse ziehen“, so Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). „Die Resistenzbildung ist in den vergangenen fünf Jahren weiter vorangeschritten, hieran trägt die Firma BAYER durch ihre Verzögerungstaktik eine Mitschuld“, so Mimkes weiter.

Margaret Mellon vom US-Verband Union of Concerned Scientists ergänzt: „Das Einschreiten der FDA zugunsten der Wirksamkeit von Medikamenten ist ein großer Erfolg für den Gesundheitsschutz“. Laut Mellon handelt es sich um das erste Verbot eines Tierantibiotikums wegen drohender Resistenzbildung. Die Union of Concerned Scientists fordert das Verbot weiterer Tierantibiotika. Coordination gegen BAYER-Gefahren und Union of Concerned Scientists beteiligen sich seit fünf Jahren an der Kampagne Keep Antibiotics Working, die von amerikanischen Gesundheitsinitiativen gegründet wurde. Auf Einladung der CBG sprachen US-Wissenschaftler in der BAYER-Hauptversammlung und forderten vor Tausenden von Aktionären einen freiwilligen Verzicht auf Baytril - vergeblich.

Auch das deutsche Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin fordert dazu auf, den Einsatz von Fluorchinolonen im Tierstall weitgehend einzuschränken. Zu den fluorochinolon-resistenten Keimen gehören u.a. Salmonellen- und Campylobacter-Stämme, die beim Menschen schwere Magen-Darminfektionen auslösen können.

Wegen hoher Krankheitsraten in der Massentierhaltung werden in der EU und in den USA mehr Antibiotika im Tierstall eingesetzt als in der Humanmedizin. Die Wirkstoffe sind dabei größtenteils identisch. Baytril wurde von Geflügelfarmern jahrelang für ganze Tierbestände angewandt, selbst wenn nur einzelne Tiere Symptome von Atemwegserkrankungen zeigten. Auch als Wachstumsbeschleuniger wurden die Antibiotika eingesetzt.

Das FDA-Verbot im Wortlaut: <http://www.fda.gov>

Coordination gegen BAYER-Gefahren Postfach 150418, D-40081 Düsseldorf CBGnetwork@aol.com

<http://www.CBGnetwork.de>

Von Foodwatch:

Anlässlich der Neuwahlen veranstaltete foodwatch am Mittwoch, den 24. August 2005, in Berlin eine Pressekonferenz mit dem Titel:

"Parteien gehen ohne verbraucherpolitisches Konzept in den Wahlkampf".

foodwatch zog eine Bilanz der Ernährungs- und Agrarpolitik der bisherigen rot-grünen Bundesregierung und analysierte die Wahlprogramme der antretenden politischen Parteien. Warum hat die Agrarwende ihr geplantes Ziel nicht erreicht und welche Konzepte waren von Anfang an falsch? Was lief gut und was muss ausgebaut werden? Was sind die Vorschläge von foodwatch für eine transparente und gerechte Ernährungs- und Agrarpolitik?

foodwatch freut sich über ein sehr gutes Presseecho in Print- und Funkmedien. Im Folgenden möchten wir Sie auf das Analyse-Papier und einige Artikel dazu aufmerksam machen. Die Analyse: Im Internet können Sie sich die foodwatch-Analyse "Bilanz und Ausblick deutscher Ernährungs- und Agrarpolitik aus Verbrauchersicht" herunterladen (PDF-Dokument, 14 Seiten) unter: <http://www.foodwatch.de/showpage.php?pagelid=617> foodwatch setzt sich ein für Lebensmittelsicherheit, Transparenz bei der Lebensmittelherstellung und Ihre Informationsrechte als Kunde. Recherchen und Untersuchungen sind aufwendig und kostenintensiv, deshalb brauchen wir Ihre Unterstützung. Helfen Sie uns und empfehlen Sie foodwatch Ihren Freunden und Kollegen. Für besseres und gesünderes Essen und mehr Demokratie auf dem Teller: Herausgeber: foodwatch e.v., barbara f. hohl (v.i.s.d.m.), brunnenstr. 181, 10119 berlin, germany, www.foodwatch.de, info@foodwatch.de

*

Von Greenpeace:

Europäisches Patentamt lässt Menschen züchten

München/Brüssel – Das Europäische Patentamt (EPA) hat im Februar 2005 ein Patent erteilt, das zur Auswahl des Geschlechts von Kindern dient, die aus künstlicher Befruchtung hervorgehen. Laut Patentschrift werden Samenzellen tiefgekühlt und nach den Geschlechts-Chromosomen getrennt.

Das Patent umfasst das technische Verfahren und die Samenzellen selbst. Menschen werden damit auf eine Ebene mit Verfahren in der Tierzucht gestellt. „Durch derartige Patente wird menschliches Leben zum technisch optimierten Produkt“, sagt Christoph Then, Greenpeace-Patentexperte.

„Demnächst gibt es wohl Patente für die Selektion von Intelligenz und Körpergröße!“ Das EPA kann derzeit Patente fast nach Belieben erteilen, da die europäischen Regelungen lückenhaft und zum Teil widersprüchlich sind.

Das aktuelle Patent mit der Nummer EP 1257 168 B verletzt gleich mehrere Gesetze: Die Patentierung menschlicher Keimzellen (Samen und Eizellen)

ist in Europa nicht erlaubt, auch Verfahren zur Auswahl des Geschlechts sind in den meisten Ländern verboten. Selbst die Biomedizin-Konvention des Europarates verbietet Geschlechtswahl mit der Ausnahme etwa geschlechtsspezifischer schwerer Erbkrankheiten. Patentinhaber ist laut aktuellen Greenpeace-Recherchen die US-Firma XY Inc.

Professor Dietmar Mieth, Ethikexperte der Universität Tübingen, warnt davor, dass das Patent sogar über die Methode der Geschlechtswahl hinausgehen könnte: „Der Patentantrag schließt die Verfügung über selektiertes, manipuliertes und konserviertes menschliches Spermium mit bestimmten ‚Charakteristika‘ ein, von welchen die Wahl des Geschlechts nur ein Beispiel ist. Damit ist die Methode für Verwendungen zur nicht medizinisch begründeten Geschlechtswahl bis hin zur Menschengründung offen.“

Patente auf menschliche Samen- und Eizellen wurden in den letzten Jahren vom Europäischen Patentamt mindestens in drei Fällen vergeben.

Greenpeace hatte in diesem Zusammenhang dem EPA bereits mehrfach vorgeworfen, einer Kommerzialisierung des menschlichen Körpers den Weg zu bereiten.

Greenpeace präsentiert den aktuellen Fall heute in der Arbeitsgruppe für Bioethik des Europäischen Parlaments und fordert dabei eine Neuordnung

des EU-Patentrechts. Am EPA werden zurzeit in großem Stil Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere sowie menschliche Gene vergeben. 2005 wurden

bereits rund 100 Patente auf Gene, 50 Patente auf Saatgut und Pflanzen sowie 20 Patente auf Tiere erteilt. Greenpeace fordert ein generelles

Verbot der Patentierung von Saatgut, von Lebewesen und deren Erbgut.

<http://www.greenpeace.at/2162.html>

=====

RECHT

Von U. Wandler:

Sächs. LSG - L 6 SB 67/01 - Urteil vom 30.03.2005:

Bei der **Beurteilung, ob die Voraussetzungen des Nachteilsausgleichs** "aG" erfüllt sind, ist darauf abzustellen, was individuell "möglich" ist. Wenn in diesem Zusammenhang von der "zumutbaren Willensanstrengung" die Rede ist, so sollen damit jene Fälle abgegrenzt werden, bei denen die Unmöglichkeit, bestimmte Verrichtungen auszuführen, gewissermaßen noch vom Willen gesteuert wird, wenn also in Wahrheit gar keine Unmöglichkeit vorliegt, sondern eine "Unwilligkeit". Hiervon abzugrenzen sind die Fälle, in denen eine schwer kranke Person sich aufgrund der Erkenntnis des

eigenen Körpers, der Kenntnis der Krankheit und letztendlich eines gewissen Instinktes bestimmte Sachen nicht mehr zutraut, obwohl sich eine mit relativ groben Messmethoden vorgenommene "objektive Unmöglichkeit" nicht feststellen lässt. Ergebnis kann dabei sein, dass das Gericht dem Betroffenen glaubt, dass er sich bereits vom ersten Schritt an nur mit größter Anstrengung fortbewegen kann.

Bay. LSG - L 18 SB 86/99 - Beschluss vom 23.03.2005:

Kann ein Kläger zur **Zeit der Klageerhebung** noch nicht beurteilen, von welchem Zeitpunkt an sein Anspruch feststellbar sein oder wann eine wesentliche Änderung im Sachverhalt zu seinen Gunsten eintreten werde, darf ihm nicht nachträglich bei der Kostenentscheidung in Kenntnis des Verfahrensergebnisses entgegengehalten werden, er hätte die Klage (Klageerweiterung) zunächst unterlassen und einen Neufeststellungsantrag bei der Verwaltung stellen sollen.

Bay. LSG - L 18 B 278/04 SB - Beschluss vom 17.01.2005:

Weist ein Kläger in einer **anhängigen Schwerbehindertenstreitsache** eine nach Einlegung des Rechtsmittels eingetretene Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes nach und ist der genaue Zeitpunkt der Verschlimmerung wegen der daraufhin erfolgten vergleichsweisen Regelung in der Hauptsache noch offen, ist eine teilweise Kostenerstattung durch den Verwaltungsträger auch dann sachgerecht, wenn dieser der Veränderung der medizinischen Sachlage unverzüglich nach Kenntnis im Wege eines Vergleichsangebots Rechnung getragen hat.

LSG NRW - L 7 SB 181/04 - Urteil vom 09.06.2005:

In einem Rechtsstreit nach dem Schwerbehindertenrecht ist eine **Verschlechterung in dem Gesundheitszustand** nicht immer zu berücksichtigen. Voraussetzung ist nämlich, dass zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung eine nicht nur vorübergehende und damit eine über einen Zeitraum von mehr als sechs Monate sich erstreckende Gesundheitsstörung besteht.

Mehr unter <http://vsbinfo.de>

VERANSTALTUNGEN

Vom Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BI Omega, Mitglied im Dachverband **Informations- und Diskussionsveranstaltung** am Samstag, den 24.09.2005, 13.00 Uhr zum Thema: **Mobilfunktechnik, zu Risiken und Nebenwirkungen**

Hintergrund der Veranstaltung war die DPA-Meldung vom April gewesen: Handys darf man nicht anfassen. Durch das Berühren des isolierten Gehäuses verlieren Mobiltelefone ihre CE-Zulassung. Ein Experimentiergerät zur Erforschung des Elektrosmog, das die gleiche Skalarwellenstrahlung abgibt wie ein Handy, allerdings mit 60 mal weniger Sendeleistung, war von der Staatsanwaltschaft Konstanz als invasives Medizingerät eingestuft worden. Ziel war die Aberkennung des CE-Zeichens. Nach reiflicher Überlegung hat der Amtsrichter nach 16 Wochen sein Urteil bestätigt.

Wegen der überregionalen Bedeutung dieses Prozesses haben wir ihn komplett im Internet veröffentlicht unter <http://www.etzs.de> (unter Aktuell und Strafverfahren). Hier können sich Bürger wie Juristen anhand der veröffentlichten Schriftsätze genauestens informieren. In der Konsequenz sind ab sofort der Betrieb von Mobilfunksendern und der Vertrieb von Handys in Frage zu stellen.

Die DPA-Meldung vom April war im Internet mit den Worten kommentiert worden: Das kommt dabei heraus, wenn Juristen über etwas urteilen, wovon sie nicht die geringste Ahnung haben. Mehr noch ist es ihnen nach dem Grundgesetz gar nicht gestattet, in die Freiheit von Forschung und Lehre mit formaljuristischen Urteilen einzugreifen. Juristen sind schließlich keine Wissenschaftler und können in dem Streit um die biologisch therapeutische Wirksamkeit des Mobilfunk keinen Beitrag leisten.

Wissenschaftler treffen sich üblicherweise auch nicht im Gerichtssaal, sondern in einem Forum z.B. im Technologiepark von Villingen-Schwenningen. Hier soll über die Risiken und Nebenwirkungen der Mobilfunktechnik informiert und diskutiert werden. Es sind alle

eingeladen: Journalisten, Mediziner, Vertreter der universitären Gefälligkeitsforschung, freie Forscher und freie Bürger. Hier wird Forschungsbedarf angemahnt und begründet <http://www.k-meyl.de>

Veranstaltungsort: Forum im TechnologiePark VS, <http://www.tpvs.de/> D-78048 Villingen-Schwenningen, Am Krebsgraben 15, Tor A

Programmpunkte u.a.:

Prof. Dr.-Ing. Konstantin Meyl: Einführung in das Thema Handys darf man nicht anfassen oder vielleicht doch? Über die dubiose Rolle der deutschen Justiz zur Frage der Freiheit der Forschung zum E-Smog (dpa-Meldung vom April).

Contra Mobilfunk (Vortragende sind eingeladen).

Mobilfunkkritiker berichten über schädigende Wirkungen des Mobilfunk und erörtern aus ihrer Sicht die Grenzwerte.

Berichte aus der Wissenschaft (Vortragende sind eingeladen).

Messmethoden und Messergebnisse werden vorgestellt, die sich kritisch mit athermischer Strahlenbelastung befasst.

Prof. Dr.-Ing. Konstantin Meyl: Zur Grenzwertdiskussion. Zu Fragen der Antennenabstrahlung mit experimentellen Vorführungen und öffentlichen Demonstrationen.

8 Euro pro Person Unkostenbeitrag, incl. Pausengetränke, 5 Euro pro Person für Schüler, Studenten und Rentner

Anmeldung erbeten an: prof@k-meyl.de / Fax: +49- (0-) 7732-919911 oder bei TP VS: info@tpvs.de ,Tel.: 0-7721-503337 / Fax: 0-7721-503336

Link steht nicht mehr zur Verfügung

Aktionspläne wirbeln gegen den Feinstaub EUROFORUM-Konferenz: "Feinstaub" 29. September 2005, Berlin

Düsseldorf (ots) - Düsseldorf, August 2005. Mit einem LKW-Transitverbot will München schon im Herbst den LKW-Durchgangsverkehr aus dem Stadtverkehr verbannen und so zur Reduzierung der Feinstaub-Belastung beitragen. Auch Frankfurt am Main hat einen Aktionsplan mit LKW-Fahrverboten angekündigt und Stuttgart wird durch das erste "Feinstaub-Urteil" zum Handeln gezwungen. Nach Schätzungen des Umweltverbandes BUND werden bis Jahresende mindestens 70 Städte die EU-Feinstaub- Richtlinie verletzen. Über 14 Kommunen haben schon heute den Grenzwert eines Tagesmittelwertes von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft an maximal 50 Tagen im Jahr überschritten. Während sich Städte, Länder und der Bund um eine Lösung der Feinstaubproblematik bemühen, kündigte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas an, die Grenzwerte für Feinstaub und andere schädliche Luftpartikel noch weiter zu verschärfen.

Die EUROFORUM-Konferenz "Feinstaub" (29. September 2005, Berlin) greift die aktuelle Diskussion um die Feinstaubbelastung auf und geht auf deren Ursachen und Auswirkungen ein.

Gesundheitsgefahren, Messmethoden und Lösungsansätze werden ebenso diskutiert wie die Folgen noch strengerer Immissionswerte auf die Industrie. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Feinstaub stellt der Leiter des Institutes für Epidemiologie am GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, Prof. Dr. Dr. H.-Erich Wichmann vor. An seinem Institut konnte in jüngsten Studien der Zusammenhang zwischen Luftschadstoffen auf den Straßen und Herzinfarkten belegt werden.

Aus Sicht eines Kraftwerksbetreibers geht Klaus Henrich (RWE Power AG) auf die Feinstaubproblematik ein und beschreibt Maßnahmen zur Mikropartikel-Minimierung. Die Bemühungen der Heiz-Technik-Industrie zur Verminderung von Feinstaubemissionen erläutert Prof. Dr.-Ing. Christian Küchen (Institut für wirtschaftliche Ölheizung e.V.). Über die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine weitere Reduzierung der Feinstaubbelastung spricht Dr. Peter Czermak (Regierung von Oberbayern). Rainer Werthmann greift die Debatte um die Dieselpartikelfilter-Nachrüstung (Twin-Tec Entwicklungsgesellschaft für Emissionsreduzierende Technologien mbH) auf. Der Veranstalter bietet Teilnehmern aus dem öffentlichen Dienst einen Sonderpreis an.

Das vollständige Programm finden Sie unter: www.euroforum.de/pr-feinstaub

Pressemitteilung im Internet: www.euroforum.de/presse/feinstaub

EUROFORUM Deutschland GmbH EUROFORUM Deutschland GmbH ist eines der führenden Unternehmen für Konferenzen, Seminare, Jahrestagungen und schriftliche Management- Lehrgänge. Seit 1993 ist EUROFORUM Deutschland GmbH Exklusiv-Partner für Handelsblatt-Veranstaltungen, seit 2003 ebenfalls Kooperationspartner für Konferenzen der WirtschaftsWoche. Mit rund 200 Mitarbeitern haben im Jahr 2004 mehr als 800 Veranstaltungen in über 20 Themengebieten stattgefunden. Rund 36 000 Teilnehmer besuchten im vergangenen Jahr EUROFORUM-Veranstaltungen. Der Umsatz lag 2004 bei rund 50 Millionen Euro.

Originaltext: EUROFORUM Deutschland GmbH Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=6625>

Anmerkung Scherrmann: Nach meinen Erfahrungen der letzten 11 Jahre, bin ich sehr neugierig, welche Lösungsansätze bei dieser Tagung vorgestellt werden und ob sich dadurch mittelfristig irgend etwas ändern wird.

VEREINE

Am 20. Juli 2005 wurde in München der **gemeinnützige Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter** gegründet.

Der Zusammenschluss anerkannter Umweltmediziner und Fachspezialisten ist keine Selbsthilfegruppe Betroffener, sondern arbeitet ehrenamtlich mit dem Ziel, durch die Beschaffung von Mitteln umweltbedingt Erkrankte in den folgenden Bereichen zu unterstützen:

1. Diagnosestellung
2. Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Hilfe bei der Sanierung des Wohnumfeldes
3. Finanzielle Unterstützung umweltmedizinisch anerkannter Therapien

Die Punkte 1) bis 3) gelten nur für bedürftige Personen im Sinne der Abgabenordnung. Höchste Priorität hat für den Verein die Publikation neuester Forschungsergebnisse in den Medien und die Informationsweitergabe an die Betroffenen.

Die breite Öffentlichkeit erhält durch den Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter eine fachkompetente Plattform für Themen wie z.B. die epidemische Ausbreitung von Allergien, die Zunahme von feinstaubbedingten Erkrankungen, multipler Chemikaliensensitivität (MCS), chronischem Müdigkeitssyndrom (CFS) und eine zunehmende Elektrosensibilität. Hunderttausende sind betroffen, und die Anzahl der Erkrankten steigt täglich, so dass inzwischen mindestens 5% der Gesamtbevölkerung betroffen sind (siehe Freiburger und Bamberger Appell).

Pressekontakt: Monika Frielinghaus, Hallstattstr. 2A, 91077 Neunkirchen a. Br., Tel./Fax 09134-909008, mail: info@umweltbedingt-erkrankte.de , website: www.umweltbedingt-erkrankte.de .

VEROEFFENTLICHUNGEN

21. Juli 2005: **Tim Montague: Wissenschaft im Belagerungszustand**

Original: **Science under Siege**, RACHEL'S ENVIRONMENT & HEALTH NEWS #822, unter www.rachel.org

Ein übler Wind fegt in diesen Tagen durch die Hallen der Wissenschaft: gefälschte Forschung, Unterdrückung von unwillkommenen Ergebnissen, Korruption von wissenschaftlichen Ratgebergremien, universitäre Forschung, die unter dem Einfluss der Geldgebenden Firmen steht, und viele andere Interessenskonflikte.

Es ist so, als sei die Wissenschaft im Belagerungszustand.

Für mindestens die letzten 30 Jahre hat die Wissenschaft energisch Positionen unterstützt, die von Verfechtern der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit eingenommen wurden.

Die Verfechter des "Business as usual" haben zwar behauptet, dass chemische und radioaktive Technologien nur kleine oder keine Probleme mit sich brächten - aber mit der Zeit hat die Wissenschaft etwas anderes sichtbar gemacht. Sie sagten, die globale Erwärmung sei reine Einbildung. Sie sagten, der Ozon-Schutzschild könne unmöglich geschädigt werden. Sie argumentierten, Asbest sei harmlos. Sie sagten, Blei in Farben und Benzin wäre vollkommen ungefährlich. Sie sagten, Schädigungen durch Hormonstörende Chemikalien seien unvorstellbar. Sie sagten, dass ein wenig Radioaktivität Ihre Gesundheit verbessern könne.

Sie sagten, die menschliche Gesundheit würde sich gleichmäßig und ständig weiter verbessern – so lange bis Studien die Zunahme von Geburtsdefekten, Asthma, Diabetes, Aufmerksamkeitsdefizit, Krankheiten des Nervensystems, Krankheiten des Reproduktionssystems, Störungen des Immunsystems, Krebs bei Kinder, usw. entdeckten. Bei jedem dieser Fälle zeigte die Wissenschaft auf, dass die Verfechter von "business as usual" falsch lagen. ...

... Was bedeutet dies alles für die Wissenschaft und die Gesellschaft? Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft wird ziemlich sicher weiterhin abnehmen. Wenn dies passiert, wird auch die seriöse Forschung nicht nur ihren Glanz verlieren sondern auch ihre Möglichkeiten, die Natur und die menschliche Gesundheit zu schützen, weil die Öffentlichkeit ihr nicht mehr glauben wird. Seriöse Forschung im Interesse der Öffentlichkeit ist eine gefährdete Spezies geworden. Und Amerika entfernt sich immer weiter von

Die komplette deutsche Übersetzung finden Sie unter www.safer-world.org/d/lit/montague.htm.

Oder: Sie erhalten die Übersetzung als Word- oder pdf- Datei über info@safer-world.org

Neue Broschüre des HVBG: Beruflich verursachte Krebserkrankungen

Die neunte überarbeitete und ergänzte Auflage der Broschüre „Beruflich verursachte Krebserkrankungen“ informiert über die im Zeitraum von 1978 bis 2003 von den Berufsgenossenschaften anerkannten Berufskrankheiten. Die Darstellung bezieht sich auf die Art der Berufskrankheit, die betroffenen Organe, die verursachenden Stoffe und die gefährdenden Berufe. Zu den einzelnen Berufskrankheiten werden Detailergebnisse, zum Beispiel Latenzzeiten und der kalendarische Zeitraum ihrer Entstehung, präsentiert. Die Broschüre kann unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=1646388> als PDF-Dokument (253 KB) heruntergeladen und mit Angabe von Name und Adresse als Druckfassung kostenlos bestellt werden bei info@hvbg.de .

*

Veröffentlichungen des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitsschutz – BGIA - Report „Innenraumarbeitsplätze – Vorgehensempfehlung für die Ermittlungen zum Arbeitsumfeld“

Der vollständig überarbeitete und stark erweiterte Report „Innenraumarbeitsplätze“ enthält eine auf die Praxis zugeschnittene, gestuft modulare Ermittlungs- und Beurteilungsstrategie zur Behandlung von Fällen mit Innenraumproblemen. Die Vorgehensweise berücksichtigt alle wesentlichen Faktoren, die nach dem heutigen Stand der Kenntnis als Ursache für Innenraumprobleme in Erwägung zu ziehen sind. Der Report enthält eine Fülle von Informationen für den Anwender, die über den Rahmen der

Ermittlung in Beschwerdefällen hinausgehen, aber für das tiefere Verständnis sinnvoll erscheinen und zugleich als Grundlage für die Neugestaltung von beschwerdefreien und leistungsfördernden Arbeitsbedingungen in Innenräumen dienen können. Die Broschüre kann unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=1506447> (ab 30.08.05) heruntergeladen bzw. über bgia-info@hvbg.de kostenlos bestellt werden.

- Hautgefährdung

Branchenspezifische Hilfen der Berufsgenossenschaften bei der Gefährdung durch Hautkontakte sowie eine aktuelle Liste der hautresorptiven Stoffe, die Organschäden verursachen können, stellt das BGIA in einer neuen Internetrubrik unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=976015> zur Verfügung. Für den betrieblichen Arbeitsschutz ist es wichtig, hautschädigende Belastungen zu ermitteln und geeignete Schutzmaßnahmen zu kennen.

- BGIA-Report 2/2005e: Qualitätsbasierter kritischer Review der epidemiologischen Literatur: Karpaltunnelsyndrom und Beruf

Eine qualitätsbasierte kritische Untersuchung der epidemiologischen Literatur zum Zusammenhang zwischen Karpaltunnelsyndrom (KTS) und beruflichen Belastungen beschreibt ein neuer BGIA-Report. Er steht in englischer Sprache und als deutsche Zusammenfassung unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=1575341> zur Verfügung. In diesem Report werden die Ergebnisse und Zusammenfassungen aus 34 arbeitsepidemiologischen Studien dargestellt. Das Karpaltunnelsyndrom (KTS) ist eine Erkrankung im Handgelenk, die durch eine Kompression oder Entzündung des Mittelhandnerves entsteht.

- BG/BGIA-Report: Handlungshilfen bei Stoffen ohne Arbeitsplatzgrenzwert

Über Handlungshilfen zur Gefährdungsbeurteilung und Empfehlungen für Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit Stoffen ohne Arbeitsplatzgrenzwert informiert ein neuer BG/BGIA-Report, der unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=1571168> zum Download zur Verfügung steht. Er informiert über den Stand der Technik und über bewährte Maßnahmen zur Minimierung bei ausgewählten Stoffen und Verfahren. Die Gefahrstoffverordnung ist darauf angelegt, auch grenzwertfrei angewendet zu werden. Da gleichzeitig die TRK-Werte (Technische Richtkonzentration) entfallen, benötigen die Betriebe Hilfe bei der Gefährdungsbeurteilung.

POLITIK - BEHOERDEN

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

29.08.2005 **Tabaksteuererhöhung nicht nur ein gesundheitspolitischer Gewinn!**
(nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Web)

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle

München, 20. Juli 2005 Schnappauf: **Regionalzüge in Bayern werden rauchfrei!**

Künftig werden alle Regionalzüge in Bayern rauchfrei. Nach einer äußerst erfolgreichen Probephase beginnt die DB Regio Bayern jetzt mit der Umrüstung aller Regionalzüge. Den Startschuss für die Nichtraucherzüge wird Gesundheitsminister Werner Schnappauf zusammen mit Bayerns Bahnchef Klaus-Dieter Josel geben

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

BUNDESTAG

Keine relevanten Themen

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

26/2005, 01.08.2005

BfR-Statusseminar zu Uran in Lebens- und Futtermitteln

Einschätzung des BfR bestätigt – aktuell kein gesundheitliches Risiko für Verbraucher erkennbar

Die Bedeutung von Uran in Mineralwässern und die Fragen nach dem Risiko uranhaltiger Mineraldünger wurden in den letzten Wochen nicht nur auf Fachebene, sondern zunehmend auch in der Öffentlichkeit diskutiert. Aus diesem Anlass hatte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) am 21. Juli 22 externe Fachleute aus Forschung und Fachbehörden zu einem Statusseminar „Uran als Schwermetall in Lebens- und Futtermitteln – Uran als radioaktives Element“ nach Berlin eingeladen. Auf der Veranstaltung haben die Experten den aktuellen Erkenntnisstand vorgestellt und diskutiert. Ein erstes Ergebnis: Für die Verbraucher lässt sich derzeit kein nennenswertes gesundheitliches Risiko durch Uran in Lebens- und Futtermitteln erkennen. Gleichwohl wurden bei bestimmten Fragen zum Übergang von Uran aus Böden in die verschiedenen Stufen der Nahrungskette noch Kenntnislücken festgestellt, die Gegenstand laufender und geplanter Forschungsvorhaben sind.

Uran ist ein in der Umwelt weit verbreitetes radioaktives Schwermetall. Uranverbindungen sind natürliche Bestandteile bestimmter Gesteine und Mineralien und kommen in Wasser, Boden und Luft vor. Spuren von Uran sind daher auch in vielen Lebens- und Futtermitteln sowie in manchen Trink- und Mineralwässern nachweisbar.

Der Mensch nimmt täglich mit der Nahrung durchschnittlich etwa ein bis vier Mikrogramm Uran zu sich. Ungefähr die Hälfte stammt aus Getränken und Trinkwasser. Deshalb standen auf dem Statusseminar neben der gesundheitlichen Beurteilung des BfR von Uran in Mineralwässern (vgl. BfR-Pressedienst 22/2005) auch die Bewertung von Uran im Trinkwasser im Vordergrund.

Weitere Diskussionsbeiträge beschäftigten sich mit dem Verhalten von Uran in der Nahrungskette. Besonderes Augenmerk wurde in diesem Zusammenhang der Bedeutung von Uran in phosphathaltigen Düngemitteln gewidmet. Ausgewählte Fragestellungen zum Verhalten von Uran im Boden und dem Übergang in die Nahrungskette sind Gegenstand laufender sowie geplanter Forschungsvorhaben.

Bei der Diskussion des Gefährdungspotenzials von Uran wurde neben der chemischen Toxizität von Uran im Kreis der Fachleute auch die radiotoxische Bedeutung dieses Elements thematisiert. Es bestand Einigkeit darüber, dass bei der gesundheitlichen Bewertung von Uran in Lebens- und Futtermitteln zukünftig die chemische Wirkung und die Strahlenwirkung gemeinsam berücksichtigt werden sollten. Im Zusammenhang mit den Erkenntnissen zu Urankontaminationen im Erzbergbau wurden auf dem Seminar Erfahrungen bestätigt, dass bei der Analyse von Proben und der Bewertung von Uran stets die unterschiedlichen chemischen Bindungsformen berücksichtigt werden müssen. Grundsätzlich gilt für alle Stoffe mit toxischem Potenzial, dass deren Aufnahme aus Vorsorgegründen so niedrig wie möglich gehalten werden sollte. Daher empfiehlt das BfR aus Gründen des vorbeugenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes, Maßnahmen zur Verminderung der Uranaufnahme über Mineralwasser zu ergreifen. Für Mineralwasser, das als „geeignet für die Zubereitung von Säuglingsnahrung“ ausgelobt wird, sollten gesonderte Regelungen gelten. Das BfR stellt fest, dass der derzeitige auf dem Statusseminar dargestellte wissenschaftliche Kenntnisstand kein nennenswertes gesundheitliches Risiko für den Menschen durch Uran in Lebens- und Futtermitteln erkennen lässt.

25/2005, 26.07.2005

Pestizide in Johannis- und Stachelbeeren

BfR zur Greenpeace-Bewertung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Beerenfrüchten

Sommerzeit ist Beerenzeit. Das verlockende Angebot an Strauchfrüchten auf den Wochenmärkten und in den Ladenregalen ruft nicht nur den Kunden, sondern auch Verbraucherschützer auf den Plan. Zum Schutz des Verbrauchers dürfen Rückstandshöchstmengen bestimmter Pflanzenschutzmittel nicht überschritten werden. Aktuell sorgt eine Untersuchung der Umweltorganisation Greenpeace für Diskussionen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch bei einer Überschreitung von gültigen Höchstmengen nicht direkt auf ein gesundheitliches Risiko für den Verbraucher geschlossen werden kann. Professor Dr. Ursula Gundert-Remy, Leiterin der Abteilung Sicherheit von Stoffen und Zubereitungen im BfR: „Die Festsetzung dieser Werte folgt dem Minimierungsprinzip. Das heißt: So niedrig wie möglich, nicht mehr als für die angestrebte Verwendung nötig und niemals höher als gesundheitlich vertretbar.“

Grundsätzlich begrüßt das BfR, dass sich Greenpeace wichtiger verbraucherrelevanter Themen wie den Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in saisonalen Früchten annimmt. Allerdings folgt Greenpeace bei der Ermittlung der vom Verbraucher aufgenommenen Rückstandsmengen nicht den international abgestimmten wissenschaftlichen Konzepten. So ist die zugrunde gelegte tägliche Verzehrmenge von jeweils 500 Gramm für Johannis- und Stachelbeeren deutlich zu hoch angesetzt. Auch die Begründung, mit diesem Ansatz die potenziell in den Früchten gebundenen Rückstände zu erfassen, rechtfertigt nicht die Annahme derart hoher Verzehrsmengen. Gebundene Rückstände sind bereits bei der Ermittlung der Höchstmengenvorschläge für Pflanzenschutzmittel in Lebensmitteln entsprechend berücksichtigt worden. Somit wird mit der Annahme von Greenpeace die Aufnahmemenge an Pflanzenschutzmitteln durch Rückstände in Beerenobst deutlich überschätzt. Für die Ermittlung der Mengen, denen Kleinkinder ausgesetzt sind, empfiehlt das BfR statt der von Greenpeace für alle Lebensmittel pauschal angesetzten Verzehrsmenge die Verwendung aktueller Verzehrdaten für diese Altersgruppe. Die Bewertung des BfR im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und die Empfehlungen von Höchstmengen basiert bereits auf diesen aktuellen im Rahmen einer Verzehrstudie für Kinder von zwei bis unter fünf Jahren ermittelten Verzehrdaten. Die in den Jahren 2001 und 2002 in der VELS-Studie (Verzehrstudie zur Ermittlung der Lebensmittelaufnahme von Säuglingen und Kleinkindern für die Abschätzung eines akuten Toxizitätsrisikos durch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln) ermittelten täglichen Verzehrsmengen wurden zur Erstellung eines Modells genutzt, das sowohl die Bewertung möglicher akuter wie auch potenzieller chronischer Risiken gestattet.

Zu der von Greenpeace ebenfalls thematisierten Problematik von Mehrfachrückständen bereitet das BfR derzeit das „Zweite BfR-Forum Verbraucherschutz - Mehrfachrückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln“ vor. Die Veranstaltung ist für den Spätherbst in Berlin geplant. Dort soll das Thema und mögliche Bewertungskonzepte mit nationalen und internationalen Experten auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert werden.

Die aktuellen Verzehrdaten für Kleinkinder der VELS-Studie sind im Internet unter <http://www.bfr.bund.de> Menüpunkt Lebensmittel zu finden.

-BfR entwickelt neues Verzehrmodell für Kinder (Information Nr. 016/2005 des BfR vom 02.05.2005) (PDF-Datei, 107.5 KB)

Anmerkung Scherrmann:

Diese Pressemitteilungen sind meines Erachtens ein Paradebeispiel fuer die Argumentationsweise von Behoerden. So werden die VerbraucherInnen in scheinbarer Sicherheit gewiegt und es muss sich eigentlich nichts Wesentliches aendern. Es wird zwar eine neue Veranstaltung anberaومت, "Experten" einbestellt und auf angeblich "wissenschaftlicher Ebene" diskutiert, aber ich kann mir kaum vorstellen, dass dort endlich mal aus dem Vorkommen von Mehrfachrueckstaenden Konsequenzen bzgl. der Grenzwerte gezogen werden.

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 29. August 2005: **Informationen zum Bodenschutz im Internet**

Die Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes mit eigener Webseite

Die im Jahr 2004 einberufene Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes (KBU) präsentiert sich ab sofort mit einer eigenen Website im Internet. Die KBU bietet dem Umweltbundesamt sachverständige Beratung bei konkreten fachlichen Fragen des Bodenschutzes. Neben den klassischen Disziplinen der Geo- und Agrarwissenschaften gehören der KBU auch Fachleute für Nachhaltige Entwicklung, Ökonomie, Ökotoxikologie und Altlastensanierung an. Obwohl die Arbeit der Kommission selbst nicht öffentlich ist, sind ab sofort allgemeine Informationen über Themenschwerpunkte der Arbeit sowie die Mitglieder der Kommission und Veranstaltungen zugänglich unter:

www.umweltbundesamt.de/fwbs/kbu

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-046.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-046.pdf>

Nr. 42/2005, Dessau, den 24.08.2005

EU-Regelungen können drohenden Anstieg fluorierter Treibhausgase dämpfen
Umweltbundesamt veröffentlicht aktuelle Emissionen und Prognosen

Fluorierte Gase zählen zu den Treibhausgasen und schädigen das Klima mit einem Treibhauspotenzial, das im Vergleich zu Kohlendioxid (CO₂) bis zu 24.000 mal größer ist. Sie werden in Anlagen und Produkten – wie etwa Klimaanlageanlagen und Schallschutzscheiben – angewendet. Die positive Nachricht: Zwischen 1995 und 2003 ist ihr Ausstoß in Deutschland gesunken: von 16 Millionen Tonnen (Mio. t) auf 14 Mio. t CO₂-Äquivalente – das Maß für die Schädlichkeit dieser Gase im Vergleich zum wichtigsten Treibhausgas CO₂. Die negative Nachricht: Eine weitere Reduktion ist ohne zusätzliche Maßnahmen kaum möglich. Passiert nichts, ist in den nächsten Jahren sogar mit einem Anstieg des Ausstoßes dieser klimaschädigenden Gase auf über 23 Mio. t CO₂-Äquivalenten zu rechnen. Das geht aus einer Studie hervor, die – im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) – das Büro für Umweltforschung und Beratung (Öko-Recherche), Frankfurt/Main, vorlegte. Doch die Studie zeigt auch: Eine weitere Minderung der Emissionen ist realistisch möglich, falls die geplante EU-Verordnung und eine EU-Richtlinie für einige fluorierte Treibhausgase konsequent umgesetzt würden. Dann wäre es möglich den Emissionsanstieg zunächst zu begrenzen und bei Realisierung weiterer Maßnahmen sogar noch weiter zu reduzieren.

Als fluorierte Treibhausgase werden teilfluorierte und perfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKW, FKW) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆) bezeichnet. Sie haben ein hohes bis sehr hohes Treibhauspotenzial (GWP). Das GWP gibt die Klimaschädlichkeit eines Stoffes im Vergleich mit Kohlendioxid (CO₂) an und ist bezogen auf die wichtigsten fluorierten Treibhausgase 1400 bis 24.000 mal größer als CO₂. Zum direkten Vergleich der verschiedenen Treibhausgase werden ihre Emissionen dann meist in CO₂-Äquivalenten angegeben.

Heute sind Kälte- und Klimaanlageanlagen, beispielsweise in Supermärkten und Automobilen, sowie Schallschutzscheiben die größten Emissionsquellen für fluorierte Treibhausgase. Um diese zu mindern, plant die Europäische Kommission den Erlass einer Verordnung und einer Richtlinie. Der Europäische Rat nahm am 20. Juni 2005 die so genannten „Gemeinsamen Standpunkte“ beider Rechtsakte an. Nach zweiter Lesung im Europäischen Parlament könnten sie im Jahr 2006 in Kraft treten. Bei Einhaltung des Zeitplans, kann der Emissionsanstieg der fluorierten Treibhausgase in Deutschland erheblich gesenkt werden.

Die Studie zeigt an vier verschiedenen Szenarien, dass der Emissionsanstieg bis zum Jahr 2020 auf 16 Mio. t CO₂ begrenzt und im zweiten Schritt auf 11 Mio. t CO₂-Äquivalente reduziert werden kann. Der Zwischenbericht zur Studie „Emissionen und Emissionsprognosen von HFKW, FKW und SF₆ in Deutschland“, die Gemeinsamen Standpunkte zu den Rechtsakten sowie weitere Informationen, vor allem der umfassende Bericht „Fluorierte Treibhausgase in Produkten und Verfahren – Technische Maßnahmen zum Klimaschutz“, sind im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>; UBA-Themenseite „Fluorierte Treibhausgase und FCKW“ veröffentlicht.
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-042.htm>
<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-042.pdf>

Dessau, den 19. August 2005

Gemeinsame Presseinformation mit dem Bundesumweltministerium:

Umweltschutz im Unterricht. Bundesministerium stellt Bildungsmaterialien zum Thema Umwelt und Gesundheit zur Verfügung

Pünktlich zum Schulbeginn veröffentlicht das Bundesumweltministerium (BMU) gemeinsam mit dem Umweltbundesamt (UBA) in zahlreichen Bundesländern neue Bildungsmaterialien. „Voll auf die Ohren“, „Mir stinkt's“ und „Alles klar“ – so lauten die Titel der Arbeitsblätter, bei denen sich diesmal alles um das Thema Umwelt und Gesundheit dreht. Sie sind für Schülerinnen und Schüler im Alter von 12 bis 15 Jahren geeignet und vermitteln Wissenswertes und Lehrreiches über Lärm und Lärmschutz, die Qualität der Innenraumluft sowie die Qualität von Badegewässern. Das Bundesumweltministerium stellt die Materialien am „Tag der offenen Tür“ (27. bis 28. August) vor. Besucherinnen und Besucher sind eingeladen, mit Expertinnen und Experten des BMU und des UBA über umweltbedingte Einflüsse auf die Gesundheit zu diskutieren.

Mit umfangreichen Informationen sowie Anregungen für Spiele, Experimente und Untersuchungen bieten die Bildungsmaterialien einen spannenden Einstieg in die komplexen Zusammenhänge von Umwelt und Gesundheit. Dabei sind sie nicht nur für den Unterricht interessant, sondern bieten auch für den Alltag nützliche Hinweise, wie man seine Gesundheit am besten vor Umweltbelastungen schützen kann. Die Aufgaben auf den Arbeitsblättern orientieren sich am PISA-Test-Verfahren – so können Lehrerinnen und Lehrer auf einfache Weise prüfen, ob die Lernziele erreicht wurden. Der Bildungsservice des Bundesumweltministeriums wurde als offizielles Projekt der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der UNESCO ausgezeichnet. Bisher sind bereits Arbeitsblätter zu den Themen Erneuerbare Energien und Klimaschutz erschienen. Unterrichtsmaterialien zu weiteren Themen, zum Beispiel Wasser und Artenvielfalt, sind in Planung. Weitere Informationen zu Umwelt und Gesundheit hält das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) auf seiner Internetseite <http://www.apug.de> bereit. Auch auf der Internetseite für Kinder unter <http://www.kinderwelt.org> gibt es hierzu Infos.

Die Arbeitsblätter zu Umwelt und Gesundheit stehen im Internet zum kostenlosen Abruf unter <http://www.bmu.de/bildungsservice> zur Verfügung.

Kontakt und Anfragen: bildungsservice@bmu.bund.de

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-041.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-041.pdf>

Dessau/Fürth, den 21. Juli 2005 Gemeinsame Presseinformation der Stiftung Elektro-Altgeräte Register® (EAR) und des Umweltbundesamtes (UBA)

Neue Wege in der Umweltpolitik: Mehr Verantwortung für die Industrie – weniger Staat „Public Private Partnership“ beim Vollzug des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG)

Politik und Wirtschaft gehen in der Umweltpolitik gemeinsam neue Wege: Im März 2005 ist das ElektroG in Kraft getreten, das zum Ziel hat, Elektroaltgeräte hochwertig zu verwerten und das Design von Elektro- und Elektronikgeräten umwelt- und gesundheitsverträglicher zu gestalten. Das Besondere an diesem Gesetz ist, dass die Industrie es zum Teil selbst vollzieht. Die per Gesetz an das Umweltbundesamt (UBA) übertragenen Vollzugsaufgaben im Bereich Registrierung und Abholorganisation wurden nach der neuen Regelung an den Zusammenschluss der Hersteller von Elektrogeräten - an die so genannte „Gemeinsame Stelle der Hersteller“, - weiter gegeben. Die Funktion der Gemeinsamen Stelle hat die Stiftung Elektro-Altgeräte Register (EAR) in Fürth übernommen, die eigens zur Umsetzung des ElektroG gegründet wurde. Im Verwaltungsrecht wird die hier vorgenommene Form der Übertragung hoheitlicher Aufgaben als „Beleihung“ bezeichnet. Dadurch ist die Wahrnehmung der Produktverantwortung der Hersteller im Sinne nachhaltiger Eigenverantwortlichkeit völlig neu ausgestaltet. „Mehr Verantwortung für die Unternehmen und weniger Staat. Das ist die innovative Botschaft“, sagte Prof. Dr. Andreas Troge, der Präsident des UBA, anlässlich der Beleihung. Und Hartmut Theusner, Vorstand der EAR, ergänzte: „EAR ist das Ergebnis der Umsetzung des Konzeptes der Elektro- und Elektronikindustrie. Dessen wesentlichster

Aspekt ist die Mitwirkung der betroffenen Unternehmen in den wirtschaftlichen und technologischen Fragen in der sogenannten Regelsetzung. Wir haben eine schlanke, an wirtschaftlichen Prinzipien orientierte Organisation aufgebaut und wollen damit einerseits Daten- und Meldeströme auf das unabdingbare Maß reduzieren und andererseits die Vollzugsbehörden entlasten." Der Staat gibt die Verantwortung jedoch nicht ganz ab. Das UBA stellt durch die Rechts- und Fachaufsicht über die EAR sicher, dass die EAR die übertragenen Aufgaben gesetzeskonform wahrnimmt.

Mit der Beleihung übernimmt die Stiftung EAR Aufgaben, wie die Registrierung der Hersteller und Importeure ohne die ein in Verkehr bringen von Elektrogeräten untersagt wäre

die Anordnung der Abholungen von Elektroaltgeräten bei den kommunalen Übergabestellen. Dabei wird sichergestellt, dass jeder Hersteller in der Höhe seines Marktanteils seinen Entsorgungsverpflichtungen nachkommt.

Die Abläufe von EAR sind praktisch ausschließlich als elektronische Prozesse ausgelegt - von den Meldewegen (online) bis hin zu den internen Abläufen. So betreibt EAR auch das Rechenzentrum zur Ermittlung der individuellen Verpflichtungen der Hersteller und ist Kontaktstelle zu den Sammelstellen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Damit werden neben einer höchst kosteneffizienten Lösung auch kürzest mögliche Bearbeitungszeiten bei normierten Abläufen erreicht.

Immer schnellere und kurzlebige Innovationszyklen lassen die Abfallberge ausgedienter Elektrogeräte beständig wachsen. Das ist Verschwendung kostbarer Ressourcen, soweit der Elektroschrott nicht verwertet wird. Heute erfassen die Kommunen jährlich circa 300.000 bis 400.000 Tonnen Altgeräte von Verbraucherinnen und Verbrauchern, während die Hersteller jährlich ein Vielfaches davon an neuen Geräten verkaufen.

Das zweite Problem ist, dass die meisten Elektro-Altgeräte eine Reihe von Stoffen enthalten – zum Beispiel verschiedene Schwermetalle – die Mensch und Umwelt belasten können, falls sie unkontrolliert freigesetzt werden. Die Europäische Union hat auf diese Umweltprobleme reagiert und zwei Richtlinien formuliert, die die folgenden Ziele haben: erstens weniger Schadstoffeinträge durch Elektrogeräte in die Umwelt und zweitens Ressourcenschonung durch die Verwertung der Altgeräte. Mit dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz, kurz Elektroggesetz, übernimmt die Bundesregierung diese Richtlinien der Europäischen Union in deutsches Recht.

Hinweis: Auf der Internetseite <http://www.umweltbundesamt.de> gibt es ein Hintergrundpapier zum Thema „Elektroggesetz“. Zusätzliche Informationen zum Elektroggesetz sind auch beim Bundesumweltministerium im Internet unter <http://www.bmu.de> Stichwort „Altgeräte“ abrufbar. <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-039.htm>
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/pi05/pd05-039.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/88

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales

Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt